

## Klasse und Klima

So wie die soziale Frage untrennbar mit der ökologischen Frage verbunden ist, stehen auch Klasse und Klima in einem direkten Zusammenhang. In die Klimakatastrophe geführt hat der kapitalistische Verwertungsprozess mit seinem Zwang zu Profitmaximierung und grenzenlosem Wachstum. Er hat die Welt an den Rand des ökologischen Zusammenbruchs gebracht. Krieg, Armut, Hunger, Krankheit und Tod zerrütten Gemeinschaften, treiben Millionen Menschen in die Flucht. Einige jetten ins Weltall, viele andere können sich kein Busticket leisten. In der kapitalistischen Peripherie versinken Inseln. Während obere Mittel- und Oberschicht in den kapitalistischen Zentren profitieren und Kapitaleigner:innen immer reicher werden, jagt der Kapitalismus einen großen Teil der Weltbevölkerung über die Klippe.

Bereits Karl Marx beschrieb, wie der zerstörerische kapitalistische Verwertungsprozess sowohl den Mensch als auch die Natur betrifft und schließt daraus: »Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.«<sup>1</sup>

Anfang 2020 hat in den kapitalistischen Zentren die gesundheitliche Krise die Bedeutung der Klimakrise aus dem Bewusstsein vieler Menschen verdrängt. Es ist wichtig zu verstehen, dass beide Krisen zusammenwirken. Diejenigen, die unter der mit dem Kapitalismus verbundenen Unterdrückung am meisten leiden, trifft auch die Klimakatastrophe und die Corona-Pandemie besonders hart.

Die jetzige Weltwirtschaftskrise wird eine noch größere soziale Katastrophe sein als die ab 2008. In reichen Ländern wie der BRD wird viel davon aufgefangen werden, indem die Folgen in ökonomisch abhängige Länder verlagert werden. Die kapitalistische Peripherie wird noch stärker ausgebeutet. Innerhalb des kapitalistischen Zentrums EU-Europa wird das deutsche Kapital die Ökonomien anderer Staaten niederkonkurrieren – wie gehabt.

Die von Staat und Kapital bestimmte Klimapolitik führt wie die Folgen der Corona-Pandemie zur weiteren Verelendung der Lohnabhängigen. Die Energiekosten steigen und werden für die Armen unbezahlbar. Je ärmer die Menschen sind, desto stärker bekommen sie die steigenden Preise zu spüren, die von der Inflation nach oben getrieben werden. Durch die Umstrukturierung insbesondere in der Automobilindustrie und den Zulieferbetrieben werden viele Arbeitsplätze ersatzlos wegfallen.

Durch die Corona-Pandemie haben Viele ihre eh schon miesen Jobs verloren. Sie verlieren den Anschluss, sind in eine Abwärtsspirale des sozialen Abstiegs geraten. Trotz Corona-Pandemie-Erfahrung setzt der Staat keine Verbesserungen im Gesundheits- und Pflegebereich durch. Die Klassenmedizin bleibt.

Die Altersarmut nimmt weiter zu. Wer aufgrund der Pandemie den Arbeitsplatz verloren hat, wird auch im Alter darunter leiden. Diese Menschen werden Minirenten haben, da sie wegen Arbeitslosigkeit geringere Rentenbeiträge zahlen konnten.

In den kapitalistischen Zentren erkennt mensch die Armen in der Regel nicht mehr überall an zerlumpten Kleidern, sie werden versorgt mit Billigprodukten, denen mensch nicht ansieht, dass sie voll von Giftstoffen aus der Billigproduktion sind.

Im Zusammenhang mit der Digitalisierung in der Pandemie und dem durch die Klimakatastrophe notwendigen technologischen Sprung in Teilen der industriellen Produktion wird es einen Rationalisierungsschub zu Lasten der Lohnabhängigen und sozial Abgehängten geben. Die Benachteiligung der Kinder aus ärmeren Schichten wird verfestigt und weiter verstärkt.

Die Reichen und die Konzerne sind in der Pandemie noch reicher geworden, aber die SPD/Grünen/FDP-Bundesregierung wird keine Reichensteuer oder keine höheren Steuern für das Kapital einführen, obwohl für die Eindämmung der Klimakatastrophe dringend staatliches Geld zur Förderung von klimaschützenden Maßnahmen gebraucht wird. Staat und Kapital lassen die Lohnabhängigen und die Armen die Kosten tragen. Wie sehr das gelingt, wäre auch abhängig vom Klassenkampf der Lohnabhängigen, aber im Moment ist in Deutschland von einer Kampfbereitschaft nichts zu spüren.

Die CO<sub>2</sub>-Steuer belastet die Armen und die Mittelschicht, die Reichen können sich von umweltbewusstem Handeln freikaufen. Die sogenannte Bepreisung als Mittel gegen die Klimakatastrophe heißt nichts anderes, als dass der Staat Rechte für die Zerstörung der Natur verkauft. Das gleiche gilt für den Handel von sogenannten Emissionsrechten, der nichts anderes ist als der Handel mit dem Recht auf Naturzerstörung.

Der in das Bewusstsein vieler Menschen jahrzehntelang eingepflanzte Marktfetischismus lässt die Bepreisung als besonders effektives Mittel erscheinen. Die höheren Preise, die durch die CO<sub>2</sub>-Steuer und durch die Kosten der Emissionsrechte den Konzernen entstehen, legen sie auf die Preise der Waren um, die die Konsument:innen bezahlen müssen. So trifft der aufgezwungene Verzicht vor allem die ärmeren Schichten. Ihr Elend wächst, obwohl sie den kleinsten Anteil an der Umweltzerstörung durch den Konsum umweltschädlicher Waren haben, weil sie aufgrund ihrer sozialen Lage nur das zum Leben unmittelbar Notwendige konsumieren können. Was unmittelbar zum Leben notwendig ist, ist nach Marx vom Stand der gesellschaftlichen Entwicklung abhängig.

Der Krankenpfleger Ricardo Lange, der Missstände im Pflegebereich aufdeckt, indem er über sie in den Medien schreibt, wird mundtot gemacht. Die Klinik braucht ihm nicht zu kündigen, da er regelmäßig von einer Leiharbeitsfirma angefordert wird.

In der Lohnarbeit sollen nicht einmal Mindeststandards der bürgerlichen Demokratie wie Meinungsfreiheit und Versammlungsfreiheit gelten. Noch im Fluss ist eine Transformation eines Teils der Lohnarbeit durch das Home Office, bei der das Kapital zunehmend arbeitsrechtliche Standards absenkt und betriebliche Kosten, also Produktionskosten, auf die Lohnabhängigen selbst abwälzt.

In der Klimakatastrophe übernimmt der Staat und nicht das Kapital, das für Zerstörungen direkt verantwortlich ist, im Katastrophenfall die Kosten für den Wiederaufbau. Allerdings bleibt ein großer Teil an den von der Katastrophe Betroffenen selbst hängen. Im Ahrtal z. B. übernimmt der Staat nur 80 Prozent der Kosten für den Wiederaufbau der durch die Überflutungen zerstörten Häuser und Wohnungen. Der Staat als ideeller Gesamtkapitalist müsste haften für diese Kosten, die individuell durch Versicherungen nicht abgedeckt werden können.

Das ist gleichbedeutend mit einer Entwertung des Individuums und seiner Rechte durch die Staaten bzw. Regierungen, die gemeinsam mit dem Kapital mit ihrem Tun bzw. Nichtstun verantwortlich für das Ausmaß der Naturkatastrophen sind.

In New Orleans wurde die Zerstörung der Wohnviertel der armen schwarzen Bevölkerung durch die Flutkatastrophe dafür ausgenutzt, die Viertel zu gentrifizieren und Wohnungen und Häuser für die weiße Mittelschicht zu bauen.

Ein Kernproblem ist die Rolle der Gewerkschaften. Sie wurden spätestens durch die SPD/Grüne-Bundesregierung zwischen 1998 und 2005 entmachtet. Diese SPD/Grüne-Bundesregierung demontierte den Sozialstaat u. a. durch die Hartz-Gesetze. Mit der Einführung eines Niedriglohnssektors zerstörten sie für Millionen die relative Sicherheit von Flächentarifverträgen. Nur noch 10 % der Betriebe haben Betriebsräte. Hinzu kommt inzwischen das gegen kleine, kämpferische Gewerkschaften gerichtete »Tarifeinheitsgesetz«.

Vorwärtstreibende Kämpfe werden oft verhindert durch diejenigen, die eigentlich die Interessen der Lohnabhängigen vertreten und deren Kämpfe organisieren sollen. Die DGB-Gewerkschaften sind Handlangerinnen des Kapitals. Ein Ausdruck ihrer Gelbwerdung ist, dass sie Dienerinnen der Staatsräson sind.

Die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) beispielsweise übernimmt die Aufgabe des Staates, des ideellen Gesamtkapitalisten, wenn sie die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) bekämpft und deren Kämpfe torpediert, indem sie sie als unsolidarisch denunziert und verhindern will, dass die GDL auch andere Beschäftigte als Lokführer:innen aufnimmt und vertritt. Die EVG schließt ein »Bündnis für unsere Bahn« mit dem Kapital, sie lobt sich selbst für eine (nur) »moderate Lohnerhöhung« in der Corona-Pandemie und übernimmt damit die Kapitalargumentation, dass ein Lohnverzicht der Lohnabhängigen ihre Arbeitsplätze sichert.

Die DGB-Gewerkschaften kuschen, wenn das Kapital klagt, es bräuchte einen Ausgleich für seine Verluste durch die Pandemie. Eine Sozialpartner:innenschaft, in der sich Kapital, Staat und Gewerkschaften um einen Interessenausgleich im Sinn des sogenannten Corporativen Dreiecks bemühen, gibt es nicht mehr. Der Staat agiert als ideeller Gesamtkapitalist. Die Gewerkschaften stehen dem Kapital als Handlangerinnen zur Seite, statt den Staat so unter Druck zu setzen, dass er auch einmal (im kapitalistischen Gesamtinteresse) gegen die Interessen bestimmter Kapitalfraktionen agieren muss.

Die DGB-Gewerkschaften übernehmen überwiegend die Funktion, die Lohnabhängigen zu besänftigen, zu befrieden und bei der Stange zu halten und sie sind nicht einmal mehr (links) sozialdemokratisch.

Das in Deutschland maßgeblich durch die Rechtsprechung der Klassenjustiz bestimmte Streik»recht« ist vordemokratisch und bestimmt vom Verbot politischer Streiks. Auch spontane, also nicht durch die Gewerkschaftshierarchie abgeseignete Streiks, sind nicht erlaubt. In Staaten, in denen es eine bürgerliche Revolution gegeben hatte, ist der politische Streik als Bestandteil staatsbürgerlicher Rechte Normalität.

Im Sinn einer Normalisierung bürgerlicher Demokratie müsste das Recht auf spontane und politische Streiks in Deutschland durchgesetzt werden.

Klimapolitisch wären Betriebskämpfe ein gutes Mittel. Denn die Lohnabhängigen untergraben mit ihrer durch das Profitinteresse des Kapitals bestimmten Arbeit im kapitalistischen Betrieb langfristig ihre eigenen Lebensgrundlagen. Unter den jetzigen arbeitsrechtlichen Bedingungen können sie sich aber nicht oder kaum dagegen wehren, da sie akut von der Kündigung bedroht sind, wenn sie im Betrieb Widerstand leisten.

Das Kapital leistet freiwillig keinen Beitrag zur Bewältigung der Klimakatastrophe und blockiert den notwendigen ökologischen Umbau. Dass die Konzerne in großen Teilen ihre technologischen Möglichkeiten nicht ausreizen, zeigt beispielsweise die hemmungslose Energieverschwendung beim Kühlen von Internetknoten und Rechenzentren, bei der die entstehende Hitze unter Einsatz von weiterer Energie weggekühlt wird. Die Abwärme der Rechenzentren wird nicht mal als Fernwärme zum Heizen genutzt bzw. zur Verfügung gestellt. In Frankfurt sind Rechenzentren für etwa 20 Prozent des Stromverbrauchs verantwortlich. Sie könnten fast die gesamte Stadt mit Wärme versorgen.<sup>2</sup>

Fast die Hälfte der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen stammen aus den beiden kapitalistischen Zentren USA mit 13,9 Prozent und Volksrepublik China mit 29,7 Prozent. Zusammen mit weiteren 8 Ländern, unter denen Deutschland mit 2 Prozent der Emissionen vertreten ist, sind sie für Zweidrittel der CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich. Aber die Folgen der Klimakatastrophe sind für die am größten, die am wenigsten Treibhausgase ausstoßen.

Verbunden mit der Klassenfrage ist auch die internationale Arbeitsteilung zwischen kapitalistischen Zentren und kapitalistischer Peripherie. Damit verbunden sind die besonderen Auswirkungen der Klimakatastrophe auf die Menschen in der kapitalistischen Peripherie. Die Menschen dort leiden akut und in lebensgefährlicher Weise unter dem Wassermangel, es gibt keine Klimaanlage, um wenigstens in Innenräumen erträgliche Temperaturen zu haben. Akut gefährdet sind auch die Ernährungsgrundlagen, weil Böden austrocknen und zu Wüsten werden oder Ernten in Überflutungen untergehen, wenn Regenfälle katastrophale Ausmaße annehmen.

Weltweit herrscht die Ungleichzeitigkeit der Folgen der sozialen und ökologischen Katastrophe, die der Kapitalismus hervorruft. Dabei erleben die den kapitalistischen Zentren ferneren und besonders ausgebeuteten Regionen der Welt heute schon ständige Wetterkatastrophen und sind ihnen wegen ihrer besonders schlechten sozialen Lage weitgehend hilflos ausgeliefert. Im Pazifik sind inzwischen die ersten Inseln versunken. Die Menschen fliehen vor dem Wasser in höher gelegene Regionen ihrer Inselstaaten. Während seiner Amtszeit verhandelte der Präsident von Kiribati, Anote Tong, mit der Regierung des Nachbarlandes Fidschi bereits über eine schrittweise Umsiedelung der gesamten Bevölkerung dorthin. Wetterkatastrophen treiben viele Länder der kapitalistischen Peripherie in eine Spirale von Wiederaufbau und erneuter Zerstörung. Die Küstenlinien von Hamburg bis New York hingegen werden erst später versinken.

In den kapitalistischen Zentren sind die materiellen Ressourcen für den Umgang mit der fortschreitenden Klimakatastrophe um ein Vielfaches größer. Insbesondere die Bourgeoisie und in ihrem Gefolge auch die obere Mittelschicht können sich schützen und absichern. Gleichzeitig nimmt in der Unterschicht und der unteren Mittelschicht die soziale Verelendung immer weiter zu. Millionen Menschen sind in den neu geschaffenen zweiten Arbeitsmarkt, den Niedriglohnsektor, gedrängt worden und müssen Mieten zahlen, für die mehr als die Hälfte ihrer Einkommen geraubt wird.

Die neue Bundesregierung besteht aus SPD, Grünen und FDP, die alle vorher schon regiert und die Klimakatastrophe ignoriert haben. Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß muss in allen gesellschaftlichen

Bereichen sofort drastisch vermindert werden. Nur so gibt es eine Chance, vor den Kippunkten wenigstens noch zu bremsen, auf welche die Klimakatastrophe zusteuert und nach denen es kein Zurück mehr gibt.

Dieses CO<sub>2</sub>-Minderungsziel kann nur erreicht werden durch die Energiegewinnung ausschließlich aus der Nutzung von Sonne, Wind und Wasser, erneuerbaren Energiequellen, einer CO<sub>2</sub>-freien industriellen Produktion, einem CO<sub>2</sub>-freien Verkehr und einem ökologischen Umbau der Landwirtschaft. Das 1,5-Grad-Ziel kann nicht mehr erreicht werden. Aber je näher wir diesem Ziel kämen desto besser würde das Leben für *alle* Menschen.

Der Koalitionsvertrag kommt über unverbindliche Absichtserklärungen zum Klimaschutz nicht hinaus. Ein Verbot klimazerstörerischer Produktion und Energieverschwendung wird es auch mit der neuen SPD/Grünen/FDP-Bundesregierung nicht geben. Sie wird keine Maßnahmen ergreifen, die das grenzenlose Wachstum der von der Konkurrenz und dem Zwang zur Profitmaximierung getriebenen kapitalistischen Produktionsweise stoppen.

Die neue SPD/Grünen/FDP-Bundesregierung wird den Abbau der bürgerlichen Demokratie nicht stoppen oder gar umkehren. Die Koalitionsparteien nehmen die Abschaffung großer Teile der Versammlungsfreiheit hin. Die seit 2006 geltende Möglichkeit, dass die Bundesländer eigene Versammlungsgesetze erlassen, die das Versammlungsgesetz des Bundes ablösen, tasten sie nicht an. Damit bleibt die Praxis der permanenten Verschärfung des Versammlungsrechts durch die Länder.

Die in Bayern bereits eingeführte Möglichkeit zu einer Endloshaft wird ebenso bleiben wie die Totalüberwachung der Privatsphäre durch in privaten Handys und Computern platzierte Trojaner wie im grünschwarz regierten Baden-Württemberg. Die neue Bundesregierung aus SPD, Grünen und FDP wird das Justizsystem von den Paragraphen des politischen Strafrechts, insbesondere von den Paragraphen 129, 129a und 129b, nicht entmüllen. Die Militarisierung der Bundespolizei wird weitergehen. Einsatzkräfte der Polizei und der Feuerwehr werden wie von der Vorgängerregierung eingeführt weiter mehr Rechte haben als die Bürger:innen, wenn es z. B. bei Demonstrationen zu Auseinandersetzungen zwischen ihnen kommt.

Die sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung von Frauen wird wieder einmal ignoriert, die Paragraphen 218 und 219 werden nicht ersatzlos gestrichen.

Der Koalitionsvertrag ist ein Kriegspapier. Es nimmt Kriege, an denen die Bundeswehr beteiligt ist, in Kauf. Die neue Bundesregierung wird Deutschland noch stärker in den Militarismus des kapitalistischen Zentrums EU-Europas einbinden. Sie bekennt sich klar zum Kriegsbündnis NATO und wird die Bundeswehr mit bewaffneten Kampfdrohnen ausstatten.

Die soziale Grausamkeit der neuen SPD/Grünen/FDP-Bundesregierung knüpft an die Zeit der SPD/Grünen-Bundesregierung von 1998 bis 2005 an. Mit der Ersetzung von »Hartz IV« durch den Begriff »Bürgergeld« soll die unsoziale Realität sprachlich geschönt werden. Die Erhöhung des Hartz IV-Satzes um 3 Euro zeigt, dass es kein Umdenken gibt. Sie entspricht angesichts der Inflationsrate einer satten Kürzung der Almosenbezüge. Substanziell ändert sich für die Betroffenen nichts. Die neue SPD/Grünen/FDP-Bundesregierung setzt die Demütigung der Ärmsten erbarmungslos fort. Sie werden weiter von den Jobcentern gegängelt.

Auch wenn der vom neuen Bundeskanzler Olaf Scholz im Wahlkampf versprochene Mindestlohn von 12 Euro kommt, ist damit ein menschenwürdiges Einkommen nicht

gesichert, dafür bräuchte es nach der monatelangen Inflation und den Corona-Preiserhöhungen mindestens 20 bis 25 Euro pro Stunde.

Angesichts einer solchen Katastrophe wie der Zerstörung des Klimas zeigt sich die Handlungsunfähigkeit des bürgerlichen Parlamentarismus, der seinen Ursprung in der Durchsetzung der kapitalistischen Produktion durch die Bourgeoisie hat.

Insbesondere ist das der Fall, wenn die Hegemonie einer jahrzehntlang regierenden Partei wie der CDU gebrochen ist und dann Koalitionen notwendig sind wie die »Ampel«, bei denen zur Überwindung der Ausweitung der physischen und psychischen Ausbeutung der Lohnabhängigen und der strukturellen Zerstörung der Natur nichts herauskommt. Die Interessenkonflikte in allen Bereichen führen dazu, dass konsequente Forderungen nicht durchsetzbar sind.

Der grüne Parteivorsitzende Robert Habeck meint: »Der Kapitalismus hat uns unfassbare Erfolge beschert.« Das kann nur sagen, wer als Erfolg wertet, dass Hunger, Elend und Tod weltweit zunehmen, dass die Lohnarbeit Menschen physisch zerrüttet und sie psychisch verelenden lässt. Auch dass weltweit massenhaft Menschen in der Corona-Pandemie sterben müssen, weil nur der Profit zählt, ist in dieser Logik »großartig«. In seinem bürgerlich saturierten Bewusstsein setzt Habeck voraus, dass die materielle Sicherheit, in der er lebt, für die Mehrheit der Menschen gilt. Welch eine Ignoranz dem (wirklichen) Leben von Milliarden von Menschen weltweit gegenüber.

Das passt zu dem, was von der neuen SPD/Grünen/FDP-Bundesregierung zu erwarten ist. Weitere Einschränkungen im Bereich des Arbeitsrechts (z. B. längere Arbeitszeiten) wurden in den Koalitionsgesprächen von den Verhandlungsführer:innen dem Kapital schon in Aussicht gestellt. Begründet wird das von Grünen und FDP u. a. damit, dass die Lohnabhängigen ihre Arbeitszeit dann flexibler gestalten könnten. Aber die Freiheit, die FDP und Grüne meinen, ist die Freiheit des Kapitals. Tonangebend in der Regierungskoalition werden die Neoliberalen in der FDP sein, die mit ihrem marktdefinierten Freiheitsbegriff an den über die Jahre immer mehr an die bestehenden Verhältnisse angepassten Freiheitsanspruch der Grünen anknüpfen. Nicht einmal ein Tempolimit auf Autobahnen können die Grünen durchsetzen. Um nur ja nicht den Eindruck zu erwecken, dass es schwierig werden könnte, mit ihnen zu regieren, haben sie diese Forderung bereits in den ersten Sondierungsgesprächen aufgegeben.

Ein Beispiel, was die neoliberale kapitalfreundliche Orientierung der neuen SPD/Grünen/FDP-Bundesregierung bedeutet, zeigt die Rücksichtslosigkeit, mit der die Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie eingeschränkt werden und wirksame Mittel wie ein flächendeckender Lockdown bundesweit verboten werden. Wer jetzt noch krank wird und gegebenenfalls an COVID-19 stirbt, ist nach dem Verständnis der neoliberalen Freiheitsliebe selbst schuld. Die gesundheitlich Schwachen, die besonders geschützt werden müssten, weil ihr Immunsystem auch mit Impfung gegen die Krankheit nichts ausrichten kann, sind dabei egal. Hauptsache das Kapital hat freie Fahrt für seine vom Zwang zur Profitmaximierung getriebene Produktion und muss keine Lockdowns fürchten. Ungeimpfte Schüler:innen müssen in die Schule, egal wie viele Neuinfektionen pro Tag es gibt, damit ihre Eltern ungehindert von Betreuungsaufgaben fürs Kapital schufteln können.

Ein Beispiel, wie verrottet die Partner:innen der neuen Koalition sind, ist die Verwicklung des neuen SPD-Bundeskanzlers Olaf Scholz bei den Cum-Ex-Geschäften, bei der er im Interesse der Warburg-Bank agierte. Auch beim Wirecard-Skandal war Scholz beteiligt. Unter Finanzminister Scholz nahm das Finanzministerium seine Aufsichtsfunktion nicht wahr.

In einer neuen Form wächst der Neoliberalismus der Grünen zusammen mit dem der FDP. Es ist eine historische Konstellation, in der sich zwei Parteien treffen, deren Klientel die Besserverdienenden und der Mittelstand sind. Es ist ein Kampf zwischen Grünen und FDP um die Zustimmung und Unterstützung der saturierten Mittelschicht.

Bestimmend ist die Frage, wieviel der Markt und wieviel der Staat bestimmen darf. Wenn sich die FDP grüner gibt als die Grünen, setzt sie dabei auf den Markt und das freiwillige Handeln des Kapitals. Im Gegensatz dazu behalten sich die Grünen gewisse ordnungspolitische Maßnahmen vor. Aber wenn es z. B. darum geht, die Deutsche Bahn zu zerschlagen, waren sich die beiden liberalen Parteien einig, dass angeblich »mehr Markt« zu den besseren Ergebnissen beim Klimaschutz führt. Die Deutsche Bahn, obwohl sie längst kein Staatsbetrieb mehr ist, wirkt für die kapitalfreundlichen Modernisierer:innen alt und verstaubt. Das ist möglich, weil es immer weniger Menschen gibt, die noch wissen, dass es mal eine Zeit gab, in der Bahnen und Busse zuverlässig und pünktlich fuhren. Laut Koalitionsvertrag soll die Deutsche Bahn nun doch nicht in zwei Konzerne zerschlagen, sondern nur umstrukturiert werden, was immer das heißt.

Der Streit um die Zukunft der Kohle könnte der größte Streit werden zwischen SPD, FDP und Grünen. Entscheidend ist nicht nur das Verbot der Kohle und Braunkohle aus Deutschland, sondern auch das Verbot des Imports dieses fossilen Energieträgers. Der Ausstieg aus der Kohle bis 2030 ist laut Koalitionsvertrag nicht beschlossene Sache, er wird nur angestrebt.

Die Entscheidung für die Fertigstellung der Erdgaspipeline Nord Stream 2 und der Bau des Erdgasterminals im Hafen von Brunsbüttel ist eine Entscheidung für die Fortsetzung der Klimakatastrophe. Gas ist ähnlich klimazerstörerisch wie Öl und Kohle. Nötig werden Eingriffe in den kapitalistischen Verwertungsprozess, die mit Verboten und verbindlichen Fristen für das Ende klimazerstörerischer Energiegewinnung, industrieller Produktion und Mobilität verbunden sein müssten.

Ein gemeinsames Interesse von Grünen und FDP könnten Wasserstoffkraftwerke im Norden Afrikas sein, die problematisch sind, weil sie in Gebieten geplant werden, in denen die Menschen unterdrückt werden und ihrer Selbstbestimmung beraubt werden, wie die von der marokkanischen Regierung unterdrückten Sahrauis, denen das Land Westsahara geraubt wurde.

Es ist absehbar, dass Erdgas und die Destruktivkraft Atomenergie als klimafreundlich in das geplante Klassifizierungssystem der EU für die Bewertung der ökologischen Nachhaltigkeit von Investitionen aufgenommen werden. Dann werden sie trotz ihrer Klimaschädlichkeit und ihrer Gefährlichkeit nicht nur nicht verboten, sondern mit Geldern der EU im Rahmen des Klimaschutzes gefördert werden, weil sie angeblich zum Erreichen der nationalen und internationalen Klimaziele beitragen. Die SPD/Grünen/FDP-Bundesregierung protestiert zwar gegen die geplante Förderung der Atomenergie, aber juristisch wird sie die Taxonomie zugunsten von Atomenergie schlucken. Eine Förderung der fossilen Energiegewinnung aus Gas befürwortet sie. Offen bleibt im Koalitionsvertrag die weitere Förderung der Atomfusion als radioaktive Zukunftsenergie in Konkurrenz zu den erneuerbaren Energieträgern Sonne, Wind und Wasser.

Seit der Rotgrünen-Bundesregierung 1998 – 2005 wird bis heute die mörderische Atomfusion gefördert. Der Atomfusionsversuchsreaktor Wendelstein 7-X in Greifswald wird vom Max-Planck-Institut für Plasmaphysik (IPP) betrieben. Die Atomfusion dient als aktualisierte Neuauflage des leeren Versprechens der Atomspaltung als unerschöpflicher Energiequelle

und der Lüge der Unschädlichkeit und Beherrschbarkeit. Mit der Atomenergie würde eine Form der Stromerzeugung weitergeführt, die teurer ist als die Stromgewinnung aus erneuerbarer Energie. Mit den gleichen Kosten kann mit Wind und Sonne ein Mehrfaches der Energie gewonnen werden. Es entstehen keine Kosten für den Bau von massiven Reaktoranlagen, die die tödliche radioaktive Strahlung abhalten sollen, für den Uranabbau, den Transport des Urans, die Urananreicherung, die Produktion der Brennstäbe, den Transport der Brennstäbe und die endlos lange Lagerung des radioaktiven Atom Mülls.

Die Grünen versprachen Transparenz bei den Koalitionsverhandlungen, wurden aber schnell der Lüge überführt durch die Geheimverhandlungen in den Sondierungsgesprächen, bei denen auf die Geheimhaltung sogar besonderer Wert gelegt wurde. Die Geheimhaltung setzte sich in den Koalitionsverhandlungen fort.

Das stellt eine Verschärfung des Verhandeln im Geheimen dar, entgegen des Schönredens und des Verkaufens einer angeblichen Demokratisierung.

Das korrespondiert mit dem Kampf von oben gegen den weltweiten Versuch, Verbrechen der Herrschenden aufzudecken und Transparenz herzustellen. Ein Beispiel dafür ist die Verfolgung von Julian Assange. Sie zeigt, dass im Zweifelsfall die Staatsräson in den USA auch bei den Demokrat:innen Vorrang hat vor der Meinungsfreiheit. Einem freien, investigativen, also aufdeckenden Journalismus soll mit Strafen bis hin zur Androhung der Todesstrafe die Handlungsmöglichkeit genommen werden. Steuer- und Finanzverbrechen, Kriegsverbrechen und die (totale) Überwachung der Bevölkerung durch die Geheimdienste sollen weiter vor der Öffentlichkeit verborgen bleiben.

Es war nicht anders zu erwarten: Die Weltklimakonferenz in Glasgow im November 2021 (COP26) hat wieder einmal gezeigt, dass die Strategie des weltweiten Kapitalismus nur auf das langsame Ersetzen fossiler Energiegewinnung durch Strom aus erneuerbarer Energie setzt. Weil die versammelten Vertreter:innen der verschiedenen ideellen Gesamtkapitalisten den Kapitalismus nicht in Frage stellen können, sondern aufrechterhalten müssen, soll und muss das Wachstum weitergehen. Die kapitalistische Logik erlaubt es nicht, danach zu fragen, was wirklich gebraucht wird und was überflüssig ist. Was bleibt, ist die kapitalistische Überproduktion und Verschwendung, die einen riesigen überflüssigen Ressourcen- und Flächenverbrauch nach sich zieht.

Zwar erkannten die Regierungsvertreter:innen auf der Weltklimakonferenz an, dass ein Aufheizen der Erdatmosphäre um 2 Grad deutlich katastrophalere Auswirkungen haben wird als wenn es bei 1,5 Grad bleibt. Ihre Beschlüsse laufen aber auf mindestens weitere 10 Jahre der nahezu ungebremsten Erwärmung hinaus. Die Klimaforschung erwartet dann eine Erwärmung um mindestens 2,7 Grad. Damit wird die Klimakatastrophe für Milliarden von Menschen und die heutige Natur ein bedrohliches Ausmaß annehmen.

Die grundlegende Frage im Kampf gegen den Kapitalismus ist die soziale Frage. Aber sie ist nicht ein sogenannter Hauptwiderspruch, dem andere Widersprüche als sogenannte Nebenwidersprüche nachgelagert sind, was bedeuten würde, dass alles andere als der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit erst nach der sozialen Revolution in Angriff genommen/gelöst werden soll.

Wie führen wir den Kampf um das Klima gegen die SPD/Grünen/FDP-Bundesregierung?

Angesichts dessen, dass das 1,5-Grad-Ziel nicht (mehr) erreicht werden kann, muss der Widerstand machtvoller sein und in die Phase der Militanz eintreten. Das bedeutet:



notwendig ist eine materielle Konfrontation z. B. durch Blockaden, die über bloße Demonstrationen und symbolische Aktionen hinausgehen.

In den kapitalistischen Zentren gibt es kein Bewusstsein dafür, dass Klima und Klasse miteinander untrennbar verbunden sind, dass es der Kapitalismus ist, der die dramatische Naturzerstörung und die zunehmende soziale Verelendung bewirkt. Die Gewerkschaften tun nichts mehr. Dort wo die Menschen am Anfang der Lieferkette der kapitalistischen Zentren stehen, also in der kapitalistischen Peripherie, sind sie sich schon bewusst über die besondere Ausbeutung, der sie ausgesetzt sind. In den kapitalistischen Zentren überwiegt das Interesse der Mehrheit der Menschen, ihre kapitalistisch geprägten Lebens- und Konsumgewohnheiten nicht grundsätzlich in Frage zu stellen. Hinzu kommt, dass ihre materielle Existenz daran gebunden ist, dass sie für das Kapital Lohnarbeiten. Für die Lohnabhängigen hängt vom Funktionieren der kapitalistischen Verwertung auch der Erhalt des eigenen Arbeitsplatzes ab. Es ist nicht das Bewusstsein, das das Sein, sondern das Sein, das das Bewusstsein bestimmt.

Extinction Rebellion (XR) und Volt wollen die bürgerliche Demokratie mit sogenannten Bürger:innenräten korrigieren. Bei diesem Versuch, das emanzipative Räteprinzip in die bürgerliche Gesellschaft einzubauen, um die abnehmende Integration der einzelnen Individuen in die bürgerliche Gesellschaft auszugleichen, gerät der Begriff der Räte zur Farce. Die Räte mit politischem Auftrag werden zurechtgestutzt zu in Losverfahren zusammengewürfelte Versammlungen, in denen eine Bürger:innenbeteiligung nur vorgespielt werden soll. Sie werden dankend von den Parteien AfD, CDU/CSU, SPD, Grünen, FDP und Linkspartei für die kommunale Bürger:innenbeteiligung übernommen.

Im Gegensatz zu dem italienischen Prinzip der emanzipatorischen und klassenkämpferischen Räte bei den Operaist:innen gab es solche Entwertungen der eigentlichen Idee der Räte innerhalb der sozialen Bewegungen immer wieder.

Extinction Rebellion (XR) mit seinem Opferkult entwertet das Mittel des Hungerstreiks, das ein letztes Mittel sein kann von Menschen, die der Gewalt des Staates völlig hilflos ausgeliefert sind, insbesondere wenn sie in Gefangenschaft sind. Bei den Inszenierungen von XR ist der Hungerstreik völlig unangemessen und deplatziert und verkommt zur lächerlichen Show von Mittelschichtsjugendlichen. Eine Opferrolle einzunehmen ist als Widerstandsform völlig daneben. Sie lenkt ab von der Notwendigkeit, dass Menschen sich in sozialen Kämpfen organisieren und zum Teil emanzipatorische Fähigkeiten erst entwickeln müssen, um wirksame Veränderungen erreichen zu können.

Es ist auch eine Folge der Feigheit der grünalternativen älteren Generation, die ihre Kinder in die undifferenzierte Gewaltfreiheit hinein abgebremst haben.

Vor 30 Jahren haben wir die Ökologische Linke gegründet mit dem Ziel, in sozialen Bewegungen, an denen wir uns beteiligen, das Bewusstsein zu schärfen, dass die soziale und die ökologische Frage untrennbar miteinander verbunden sind. Die klimazerstörerische Dimension des Kapitalismus mit seinem Zwang zur Konkurrenz und Profitmaximierung, war von Anfang an ein zentrales Thema unserer Politik. So haben wir uns bereits 1995 an der großen Klimademonstration gegen den kapitalismustreuen Klimagipfel in Berlin beteiligt. Dabei bezogen wir uns auf Erkenntnisse, die schon Ende der 1970er Jahre klar gezeigt haben, dass auf der Erde ein von der kapitalistischen Industrialisierung getriebener Klimawandel begonnen hat, der das klimatische und ökologische Gleichgewicht zerstören wird und verheerende Auswirkungen auf Mensch und Natur haben wird.

1958 begann der Klimaforscher Charles David Keeling auf dem über 4000 Meter hohen Vulkanberg Mauna Loa auf Hawaii damit, die CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Luft zu messen und die Veränderung der Werte über die Jahre aufzuzeichnen. So entstand die Keeling-Kurve, die zeigt, dass abgesehen von jahreszeitlichen Schwankungen die Konzentration des CO<sub>2</sub> immer weiter zunimmt. Der Ort ist für die Messungen besonders gut geeignet, weil die Luft dort weitgehend unverfälscht von lokalen Umwelteinflüssen ist. 1958 lag die Konzentration bei 313 ppm (parts per million), das heißt es gab 313 CO<sub>2</sub>-Moleküle auf eine Million Luftteilchen.

Heute werden auf dem Mauna Loa Werte bis zu 420 ppm gemessen. Das ist mehr als jemals in den vergangenen 800 000 Jahren. Bevor die industrielle kapitalistische Produktion begann, lag der Wert bei 280 ppm. Zurzeit steigt die Konzentration jährlich um etwa 2,5 ppm im Jahr. In den 1950er Jahren waren es im Durchschnitt noch etwa 0,55 ppm pro Jahr.<sup>3</sup>

Die Geschichtslosigkeit eines großen Teils von Fridays for Future, der für sich in Anspruch nimmt, den Widerstand gegen die Zerstörung des Klimas erfunden zu haben, ist ein Problem, das die Widerstandskraft dieser neuen sozialen Bewegung schwächt. Sie hindert die Bewegung weitgehend, das Bündnis mit antikapitalistischen Kämpfen zu suchen.

Fridays for Future muss sich neu orientieren. Die Erkenntnis Greta Thunbergs, dass auf den Klimakonferenzen der Herrschenden nur »Bla bla bla« geredet wird, ist ein Ergebnis dessen, dass die Versuche mit den Regierungsvertreter:innen zu reden und zu verhandeln und sie mit wissenschaftlichen Erkenntnissen zu überzeugen, von vornherein zum Scheitern verurteilt waren. Was noch fehlt ist der Schritt zu der Erkenntnis, dass das nicht am bösen Willen oder der Unfähigkeit der staatlichen Akteur:innen liegt, sondern an ihrer Abhängigkeit von den Interessen des Kapitals.

Es gibt keine Bundestagspartei, keine Politiker:innen, keine Kapitalfraktion, auf die mensch hoffen kann. Ob es Menschen gut geht oder schlecht, wieviel und was sie zum Leben haben, wie sie zusammenleben: die gesellschaftliche Entwicklung ist untrennbar verbunden mit der kapitalistischen Produktionsweise. Der Staat garantiert die kapitalistische Eigentumsordnung, in der Wenige die Produktionsmittel besitzen und die Anderen in die Lohnarbeit oder ins gesellschaftliche Abseits gezwungen werden.

Bei Bundestagswahlen gibt es nur für die Bourgeoisie etwas zu gewinnen. Selbst die ökologischen Maßnahmen, die innerhalb des kapitalistischen Marktes möglich wären, weil sie den Profitinteressen des Kapitals nicht grundsätzlich widersprechen, müssen von sozialen Bewegungen immer wieder hart erkämpft werden und werden zurückgeholt, sobald unser Druck nachlässt. Nur dauerhafter, aufgeklärter gut organisierter Widerstand auf den Straßen und in den Betrieben kann die Systemfrage stellen.

Die Qualität und Gegenmacht dieses Widerstandes hängt auch davon ab, dass die ökologische Frage als Teil der sozialen Frage begriffen wird. Nur das verhindert eine soziale Spaltung, in der – »dem Klima zuliebe« – die Kosten wieder einmal der Unterschicht und der unteren und mittleren Mittelschicht aufgebürdet werden.

Die sozialen Bewegungen dürfen sich nicht einfangen und korrumpieren lassen. Sie müssen ein Bewusstsein dafür entwickeln, sich mit ganzer Kraft gegen die herrschenden Verhältnisse zu stellen, sofern sie ihre Forderungen nach Aufhebung der Klimakatastrophe, Ausbeutung und Unterdrückung ernst meinen. Sie müssen streiten, lernen, aufklären und auch die eigene Klassenzugehörigkeit reflektieren.

Die Aktionsfelder sind klar: Solidarität gegen die Zerstörung sozialer Existenzen. Verantwortlichkeit für andere gegen die Corona-Pandemie. Die Verbundenheit im Kampf gegen Rassismus, jedweden Antisemitismus und gegen Sexismus. Zuverlässigkeit gegen die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen und gegen die Klimakatastrophe. Einigkeit aller gegen den Faschismus als autoritärste kapitalistische Herrschaftsform.

**Beitrag für die Bundeskonferenz der Ökologischen Linken  
am 11./12. Dezember 2021 in Köln**